COMMUNE DE
Strassen

02
26

Séance du conseil communal du 05.03.2026

strassen.lu

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

02

26 Séance du conseil communal du 05.03.2026

DE

Gemeinderatssitzung vom 5. März 2026 P04

FR

Séance du conseil communal du 5 mars 2026 P15

EN

Municipal Council meeting of 5 March 2026 P25

COMMUNE DE Strassen

1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen
+352 31 02 62 - 1
reception@strassen.lu
www.strassen.lu
Commune de Strassen
Strassen_Stroossen
CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen

Klima-Bündnis Lëtzebuerg
PacteClimat

LES MEMBRES DU **CONSEIL COMMUNAL**

PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV

WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP

AREND Anne
Échevine - CSV

BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi gréng

BRAUN Laurent
Conseiller - CSV

GIERENZ Tun
Conseiller - CSV

BUTLER Andrew
Conseiller - CSV

ROOB Jean Claude
Conseiller – LSAP

KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP

LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi gréng

FISCHER Marc
Conseiller - DP

DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP

THEIN Daniel
Conseiller - DP

KANDEL Nicolas
Conseiller - DP

JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 5. März 2026

DE

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 11.12.2025, vom 18.12.2025 und vom 22.01.2026.**
2. **Genehmigung mehrerer Mietverträge.**
3. **Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen.**
4. **Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements.**
5. **Festsetzung einer Gebühr für die Nutzung der Kunstrasenplätze.**
6. **Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.**
7. **Genehmigung mehrerer Vereinbarungen in Zusammenhang mit dem Jugendhaus.**
8. **Verabschiedung des Kostenvoranschlags für das Errichten von Photovoltaikanlagen auf dem Parkplatz Millewisen und an der Schule Hueflach.**
9. **Genehmigung der Kostenverteilung im Rahmen des Projekts zur Sanierung der Rue de Reckenthal unter der Leitung der Stadt Luxemburg.**
10. **Punktuelle Änderung des ordentlichen Haushalts.**
11. **Genehmigung mehrerer Grabstättenkonzessionen, die im Jahr 2025 abgeschlossen wurden.**
12. **Anpassung der Gebührenordnung für die « Nuits blanches ».**
13. **Urbanismus:**
    - **a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts**
    - **b) Punktuelle Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG « Pescher VI »**
    - **c) Punktuelle Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG « Bourmicht » und Punktuelle Änderung QE (bestehendes Quartier)**
    - **d) Punktuelle Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG - Artikel 15.1**
14. **Verschiedenes**
15. **Personalangelegenheiten**
    - **a) Beschluss über einen Antrag auf Verkürzung der Probezeit**
    - **b) Schaffung einer befristeten Stelle in der Laufbahn A1**
    - **c) Schaffung einer Stelle als Gemeindeangestellter in der Laufbahn A2**
    - **d) Ernennung zum Verwaltungsangestellten für die Dienststelle Wohnungswesen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
    - **e) Ernennung auf die freie Stelle eines Gemeindebeamten im Einwohneramt (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
    - **f) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
16. **Beschluss im Rahmen eines Vorkaufsrechts (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT) : /

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung und kündigt an, dass die Tagesordnung diesmal äußerst umfangreich ist.

Anschließend teilt er dem Gemeinderat mit, dass Gemeinderat Daniel Thein (DP) mit etwas Verspätung zur Sitzung erscheinen wird.

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 11.12.2025, vom 18.12.2025 und vom 22.01.2026

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) beginnt mit dem ersten Tagesordnungspunkt, der Genehmigung der Protokolle der drei vorangegangenen Sitzungen des Gemeinderats.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) meldet sich zu Wort und weist darauf hin, dass er seine Anmerkungen bereits im Vorfeld eingereicht hat. Er schlägt vor,

an zwei Stellen eine Klarstellung vorzunehmen. Beim Protokoll vom 18. Dezember 2025 bittet er darum, ausdrücklich zu vermerken, dass es sich hierbei um eine Stellungnahme der Jugendkommission handelt, und zwar insbesondere in Hinblick auf die an die kommunale Brasserie gerichtete Bitte, für die Sauberkeit des Weges zu sorgen.

Was das Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2026 angeht, bittet er ebenfalls um eine Änderung der Formulierung, um klarzustellen, dass die Regeln für den Umgang mit Feuerwerkskörpern nicht nur für die Brasserie und das Chalet am Fräiheetsbam gelten, sondern generell für sämtliche kommunalen Infrastrukturen.

Ansonsten gibt es keine weiteren Anmerkungen. Die entsprechend abgeänderten Protokolle werden dann zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen.

2. Genehmigung mehrerer Mietverträge.

Dann leitet Bürgermeister Nico Pundel (CSV) den Tagesordnungspunkt ein, bei dem es um die Genehmigung mehrerer Mietverträge geht. Er weist vorweg darauf hin, dass es sich hierbei um ein umfassenderes Vorgehen handelt, bei dem es darum geht, sämtliche Verträge der Gemeinde auf den neuesten Stand zu bringen und zu harmonisieren. Zur besseren Übersichtlichkeit wurde den Gemeinderäten eine zusammenfassende Liste übermittelt anstelle sämtlicher Dokumente.

Die Verträge betreffen mehrere Immobilien. Einmal auf der Route d'Arlon Nr. 110, dann in der Rue Lou Koster Nr. 9, 10, 12, 14 und 25 und in der Rue du Cimetière Nr. 120. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Wohnungen staatlich subventioniert wurden und Teil des nationalen RENLA-Programms sind. Aus diesem Grund ist es jetzt notwendig, die Verträge an den neuen geltenden rechtlichen Rahmen anzupassen, was auch einige Änderungen in Hinblick auf die finanzielle Beteiligung der Mieter mit sich bringt.

Er weist zudem darauf hin, dass bei zwei Häusern die Nebenkosten nicht in den Verträgen aufgeführt sind, da diese direkt von den Bewohnern mittels eigener Zähler für Strom, Wasser, Abwasser und Gas beglichen werden.

Schließlich teilt er dem Gemeinderat mit, dass im Ärztehaus ein neuer Mietvertrag abgeschlossen wurde und dass ein Praxisraum nun von Frau Tania Marinelli genutzt wird.

Die einzelnen Verträge werden ohne weitere Aussprache zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen.

3. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt eine Reihe von Ernennungen und Rücktritten in mehreren lokalen beratenden Kommissionen vor.

In der Kommission für Raumplanung und Bauwesen legt Herr Michel Pundel sein Amt als Vorsitzender und Mitglied nieder. Als neue Präsidentin wird Frau Nicole Hentzen-Petin vorgeschlagen und Herr Michel Kohnen als Mitglied. Für die Neubesetzung eines frei gewordenen Sitzes wird Frau Joana Domingues De Matos vorgeschlagen.

Für das Team Naturpakt wird der Rücktritt von Schöffin Betty Welter (LSAP) festgehalten und Frau Xianqing Mao als neues Mitglied vorgeschlagen. Im Team Klimateam tritt Frau Xianqing Mao zurück und Frau Victoria El-Khoury wird als deren Nachfolgerin vorgeschlagen.

In der Kommission für Soziales und Chancengleichheit scheidet Herr Germain Weber aufgrund eines Umzugs aus. Um weiterhin auf sein Fachwissen zurückgreifen zu können, wird vorgeschlagen, ihn als Sachverständigen in die Arbeitsgruppe „Handicap" zu berufen. Für dieselbe Arbeitsgruppe wird zudem die Ernennung von Victoria El-Khoury vorgeschlagen.

Dann wird für die Aufsichtskommission der Musikschule Frau Myriam Wagner als neues Mitglied vorgeschlagen, welches die Vereine vertritt. Sie soll Herrn Olivier Beck ersetzen.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) meldet sich zu Wort, und äußert grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der

steigenden Zahl von Arbeitsgruppen. Er befürchtet, dass eine derartige Praxis die klassische Arbeitsweise der Kommissionen unterläuft und zu einer Verwässerung der Zuständigkeiten führt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass diese Bemerkung berechtigt ist, betont jedoch, dass der Einsatz von Arbeitsgruppen nach wie vor eine Ausnahme darstellt und zielgerichtet erfolgt. Er betont, dass die Arbeitsgruppe „Handicap" im vorliegenden Fall einem spezifischen Bedarf entspricht, der die Mitwirkung von Fachleuten und unmittelbar Betroffenen erfordert.

Schöffin Betty Welter (LSAP) ergänzt diese Ausführungen und verweist darauf, dass dieser Ansatz Teil des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist, der vom Ministerium für Familie, Solidarität, Zusammenleben und Aufnahme gefördert wird. Es geht darum, Personen mit praktischer Erfahrung einzubeziehen, um so angemessene und realistische Lösungen ausarbeiten zu können.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) erkundigt sich, wie diese Gruppen konkret funktionieren, insbesondere wie lange sie bestehen und welchen Zweck sie erfüllen sollen. Er stellt Fragen bezüglich ihrer befristeten Laufzeit und hinsichtlich der Modalitäten für ihre Auflösung, sobald die jeweiligen Zielsetzungen erreicht sind.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass diese Gruppen als flexible und befristete Gremien zu verstehen sind, die sich mit konkreten Projekten befassen sollen, wie beispielsweise der Ausarbeitung eines Plans zur Inklusion oder dem Entwurf geeigneter Infrastrukturen. Sie ermöglichen es, externe Experten und betroffene Akteure einzubeziehen, ohne dabei die formalen Kommissionen in ihrer Funktionsweise zu belasten.

Im Anschluss an die Diskussion bekunden Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) sowie Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) ihr Interesse an einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Handicap".

Der Bürgermeister schließt die Aussprache mit dem Hinweis, dass diese Gruppen keine unbegrenzt offenen Strukturen werden dürfen, sondern zielgerichtet und funktional ausgerichtet bleiben müssen.

Anschließend werden alle Ernennungen und Rücktritte zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

4. Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements.

Dann kommt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) zu dem Tagesordnungspunkt, bei dem es um die Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements geht, die zuvor vom Schöffenkollegium beschlossen und nun dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Er weist darauf hin, dass den Gemeinderäten die entsprechenden Unterlagen zugestellt wurden, und bittet sie, eventuelle Fragen zu stellen oder Anmerkungen dazu zu äußern.

Es gibt keine Wortmeldung.

Die Reglements werden dann zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

5. Festsetzung einer Gebühr für die Nutzung der Kunstrasenplätze.

Zu Beginn seiner Ausführungen geht Bürgermeister Nico Pundel (CSV) auf mehrere Vorfälle ein, die sich kürzlich auf den Fußballplätzen mit Kunstrasen ereignet haben. So seien zweimal ohne Genehmigung große Events organisiert worden mit so vielen Teilnehmern, dass dadurch der Zugang zu den Anlagen vollständig blockiert war. Bei einer dieser Veranstaltungen sei von den Besuchern sogar eine Teilnahmegebühr verlangt worden.

Angesichts dieser Vorfälle ist die Gemeinde eingeschritten, indem sie in Erfahrung brachte, wer die Organisatoren dieser Veranstaltungen waren, die Polizei einschaltete und die Reinigungskosten in Rechnung stellte. Der Bürgermeister betont jedoch, dass diese Events zwar nicht genehmigt, aber grundsätzlich nicht unbedingt schlecht organisiert waren. Anstatt also jegliche Initiative zu verbieten, möchte die Gemeinde diese Art der Nutzung künftig regeln.

Daher wird vorgeschlagen, eine Gebühr einzuführen, die es unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt,

die Plätze für Veranstaltungszwecke zu mieten. Der vorgesehene Tarif liegt bei 500 Euro pro Tag, einschließlich der Nutzung der Umkleideräume und der Reinigung, sowie einer Kaution in Höhe von 1.500 Euro. Es geht nicht darum, diese Vermietungen zur Regel zu machen, sondern einen klaren Rahmen zu schaffen, der es ermöglicht, punktuell strukturierte Initiativen zu genehmigen und gleichzeitig zu vermeiden, dass es zu Situationen kommt, die außer Kontrolle geraten.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) hat Verständnis für dieses Vorgehen und räumt ein, dass es hier einer Regelung bedarf. Er betont jedoch, wie wichtig es ist, eine klare Geschäftsordnung zu haben, insbesondere um jede nicht geregelte Nutzung zu kommerziellen Zwecken zu verhindern und die Gemeinde vor etwaigen Haftungsansprüchen zu schützen, vor allem im Falle von informell erwirtschafteten Einnahmen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass die Nutzung streng geregelt bleibt und nur mit vorheriger Genehmigung der Gemeinde erfolgen darf. Er betont zudem, dass die Höhe der Gebühr an sich schon eine Filterfunktion hat und missbräuchliche Nutzungen einschränkt.

Schöffin Anne Arend (CSV) fügt hinzu, dass derzeit eine umfassende Benutzungsordnung für alle kommunalen Einrichtungen, einschließlich dieser Sportplätze, ausgearbeitet wird.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) zeigt sich dennoch skeptisch. Für sie ist es wichtig, den freien Zugang zu den Sportplätzen für die Jugendlichen der Gemeinde zu erhalten, die diese spontan nutzen. Sie befürchtet, dass ein Vermietungssystem diese informelle Nutzung einschränken und zu Ausgrenzung führen könnte.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) versichert ihr, dass dieser freie Zugang weiterhin die Regel bleiben wird. Die Einführung der Gebühr zielt lediglich darauf ab, außergewöhnliche und organisierte Veranstaltungen zu regeln, ohne dabei die tägliche Nutzung durch die Einwohner in Frage zu stellen.

Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) begrüßt diesen Ansatz, da so vermieden werden könne, dass es zu einer unkontrollierten Zunahme derartiger Veranstaltungen komme, gleichzeitig aber eine gewisse Flexibilität gewahrt bleibe.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) stellt eine Frage zum Anwendungsbereich der Maßnahme und den Kontrollmöglichkeiten. Der Bürgermeister stellt klar, dass diese Gebühr speziell für Kunstrasenplätze erhoben wird, und zwar als Reaktion auf konkret stattgefundene Situationen. Im Falle von Zuwiderhandlungen kann die Gemeinde Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise das Einschreiten der Polizei oder die vorübergehende Schließung der Anlagen.

Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) wirft die Frage nach der Haftung im Falle eines Unfalls auf. Der Bürgermeister erklärt, dass diese im Rahmen einer genehmigten Vermietung beim Veranstalter liege.

Schöffin Anne Arend (CSV) weist darauf hin, dass diese Maßnahme auch eine abschreckende Wirkung habe und darauf abziele, zu verhindern, dass sich derartige Veranstaltungen, die ohne klare Regelung erfolgen, wiederholen. Sie fügt ergänzend hinzu, dass die Gebühr beide Kunstrasenplätze betreffe und auch für bestimmte unabhängig organisierte Aktivitäten, insbesondere Trainingslager, gelte.

Schließlich weist der Bürgermeister darauf hin, dass die örtlichen Vereine weiterhin von dieser Gebühr befreit sind.

Es folgt die Abstimmung zu diesem Punkt, der einstimmig angenommen wird.

6. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt eine erste notarielle Urkunde zu einem Immobilienprojekt im Suebelfeld vor. Er weist darauf hin, dass sich die Gemeinde im Rahmen einer bereits vom Gemeinderat genehmigten Vereinbarung verpflichtet hatte, eine Reihe von Wohnungen zu erwerben, die als erschwinglicher Wohnraum angeboten werden sollen. Nachdem es zu einer gewissen Verzögerung im Verfahrensablauf gekommen war, liegen die Verträge nun zur Unterzeichnung vor. Es handelt sich um einen Komplex mit 15 Wohnungen. Die Detailangaben dazu wurden den Mitgliedern des

Gemeinderats übermittelt. Diese Phase umfasst die Unterzeichnung der Urkunden sowie die erste finanzielle Verpflichtung in Höhe von rund 2,1 Millionen Euro. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde eine Kofinanzierung von staatlicher Seite erhalten wird, die einen Teil der Kosten für das Grundstück und die Honorare abdeckt.

Was die künftige Nutzung dieser Wohnungen betrifft, so wurde bis jetzt diesbezüglich noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Der Bürgermeister nennt mehrere Optionen, zum Beispiel einen Teil der Wohnungen zu verkaufen und andere Wohneinheiten zu behalten, um sie zu vermieten. Über diese Optionen wird der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt, ob es möglich ist, diese Strategie im Laufe des Projekts anzupassen, insbesondere unter Berücksichtigung der Fördermittel, die für die Vermietung bewilligt werden. Der Bürgermeister bestätigt, dass diese Optionen zum jetzigen Zeitpunkt noch offen sind.

Er weist zudem darauf hin, dass ein eventueller Verkauf erst in einer späteren Phase des Projekts erfolgen würde, damit die Käufer einen besseren Überblick über die Kosten erhalten.

Die 15 Verträge werden anschließend zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt anschließend eine weitere notarielle Urkunde vor, die die unentgeltliche Übertragung eines 42 Ar großen Grundstücks in der Nähe der Rue Federspiel betrifft. Er stellt klar, dass es sich hierbei um einen Verkehrsweg handelt, welcher der Gemeinde nie formell zurückübertragen worden war.

Es gibt dazu keine Fragen. Die Urkunde wird einstimmig angenommen.

7. Genehmigung mehrerer Vereinbarungen in Zusammenhang mit dem Jugendhaus.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass die Gemeinde dem Luxemburgischen Roten Kreuz die gesamte Verwaltung der Einrichtung überträgt, einschließlich der pädagogischen, verwaltungstechnischen und finanziellen Aspekte unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben für die non-formale Bildung. Das Rote Kreuz regelt die Organisation eigenständig unter Berücksichtigung der in der Vereinbarung und dem Lastenheft festgelegten Grundsätze.

Die Vereinbarung wird für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren ab dem 1. Januar 2026 geschlossen, mit stillschweigender Verlängerung. Die Finanzierung erfolgt nach einem klassischen Modell, wobei der Staat und die Gemeinde jeweils 50% der Kosten tragen und die Gemeinde darüber hinaus eventuelle nicht gedeckte Defizite übernimmt.

Anschließend erläutert sie die konkrete Arbeitsweise der Einrichtung und die geplanten Aktivitäten. Das Jugendhaus bietet ein vielfältiges Angebot, das sportliche Aktivitäten, pädagogische Projekte und soziale Betreuung miteinander verbindet. Sie hebt insbesondere die aufsuchende Sozialarbeit eines Streetworkers hervor, der die Jugendlichen außerhalb der Einrichtung, im öffentlichen Raum oder im Skatepark, aufsucht, um eine Verbindung zu denjenigen aufzubauen, die das Jugendhaus nicht aus eigenem Antrieb besuchen. Außerdem werden Ausflüge, Workshops, Gemeinschaftsprojekte und Veranstaltungen organisiert, die dazu beitragen, den Zusammenhalt und das Engagement der Jugendlichen zu stärken.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich, welche Wirkungen dieser Streetwork-Tätigkeit zeigt und fragt, wie viele Jugendliche damit erreicht werden. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass es sich in der Regel um kleine Gruppen handelt, deren Größe auch immer wieder variiert, dass diese Arbeit jedoch dazu beiträgt, einen dauerhaften Kontakt aufzubauen und den Anteil von untätigen Jugendlichen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, zu verringern.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) geht auch auf die Frage der Nutzung von Mobiltelefonen ein, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass deren Gebrauch anderswo, insbesondere in der Schule, zunehmend eingeschränkt wird. Sie fragt, wie sich das Jugendhaus in dieser Frage positioniert.

Dies werde derzeit noch geprüft, so Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP), insbesondere in Hinblick auf künftige Anpassungen. Sie betont jedoch, dass der Ansatz ausgewogen bleiben müsse.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) warnt vor einem zu strengen Verbot, da die Einrichtung dann an Anziehungskraft für die Jugendlichen einbüßen könnte. Schöffin Anne Arend (CSV) teilt diese Einschätzung und betont die Notwendigkeit, einen guten Mittelweg zwischen pädagogischer Begleitung und Attraktivität des Angebots zu finden.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) unterstreicht, dass ansprechende Aktivitäten ganz natürlich dazu beitragen, die Nutzung von Handys zu reduzieren, da sich die Jugendlichen dann auf die Interaktionen und die angebotenen Projekte konzentrieren.

Schöffin Maryse Bestgen (déi gréng) veranschaulicht diese Dynamik anhand einer Initiative, die von den Jugendlichen selbst ausging. Sie haben vorgeschlagen, die Darstellung eines Handys aus einem Graffiti-Projekt zu entfernen – ein Zeichen dafür, dass sich ein hier allmählich ein Bewusstsein entwickelt.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schlägt einen alternativen Ansatz vor. Er schlägt vor, gesicherte Schließfächer anzubieten, in denen Jugendliche ihre Handys oder persönlichen Gegenstände freiwillig deponieren können. So wird ein bewussterer Umgang gefördert, ohne auf Verbote zurückgreifen zu müssen.
Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass dieser Ansatz sowohl für das Jugendhaus als auch für andere Einrichtungen geprüft wird, um die sichere Aufbewahrung der persönlichen Gegenstände der Nutzer zu gewährleisten.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) schließt die Diskussion ab und spricht den Verantwortlichen der Einrichtung sein Vertrauen aus, wenn es darum geht, eine angemessene Balance zwischen Begleitung und Freiheit zu finden.

Die Vereinbarung wird anschließend zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen

8. **Verabschiedung des Kostenvoranschlags für das Errichten von Photovoltaikanlagen auf dem Parkplatz Millewisen und an der Schule Hueflach.**

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt ein groß angelegtes Projekt vor, das den Einbau von Photovoltaikmodulen bei mehreren kommunalen Einrichtungen vorsieht. Dazu gehören insbesondere die Bedachung des Parkplatzes beim Fußballplatz, die Umkleideräume, die Tribüne sowie die Hueflach-Schule.

Die geplanten Kapazitäten liegen bei rund 39,5 kWp auf der Tribüne, 263 kWp auf dem Parkplatz und 31 kWp auf dem Schulgebäude. Der erzeugte Strom ist komplett für den Eigenbedarf der Gemeinde bestimmt. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf fast 2 Millionen Euro.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) stellt Fragen zu den technischen und finanziellen Aspekten des Projekts, insbesondere was die Nutzung der erzeugten Energie, mögliche Verträge sowie staatliche Beihilfen angeht.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits eine beträchtliche Menge an Energie benötigt, was bedeutet, dass die gesamte Produktion auch verbraucht werden kann. Er erklärt außerdem, dass es zwar gewisse Fördermaßnahmen gibt, dieses Projekt jedoch ohne spezifische Subventionen umgesetzt wird, da sich die Gemeinde dafür entschieden hat, in Eigenregie zu handeln.

Dann erkundigt sich Gemeinderat Daniel Thein (DP) nach der Rentabilität des Projekts. Der Bürgermeister räumt ein, dass sich die Investition nicht sofort auszahlen wird, betont jedoch, dass sie Teil einer mittel- und langfristigen Strategie ist, bei der lokale Energieerzeugung und eine größere Autarkie Hand in Hand gehen.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) unterstützt diesen Ansatz und hebt die wachsende Bedeutung der Autarkie im Bereich Energieversorgung hervor, vor allem angesichts der ungewissen internationalen Lage. Er ist der Ansicht, dass diese Art von Investition sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht voll und ganz gerechtfertigt ist.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) schließt mit dem Hinweis, dass dieses Projekt ein erster Schritt ist. Er räumt ein, dass bei manchen Anlagen, wie beispielsweise Parkplätzen, nicht unerhebliche Zusatzkosten anfallen und dass eine fortlaufende Evaluierung notwendig sein

wird, um künftige Investitionen sinnvoll auszurichten.
Der Kostenvoranschlag in Höhe von 1.992.233 Euro wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

9. Genehmigung der Kostenverteilung im Rahmen des Projekts zur Sanierung der Rue de Reckenthal unter der Leitung der Stadt Luxemburg.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt den aktuellen Stand des Projekts zur Neugestaltung der Rue de Reckenthal vor und konzentriert sich dabei auf die zweite Bauphase, die unter der Leitung der Stadt Luxemburg durchgeführt wird.

Er weist darauf hin, dass die finanzielle Beteiligung der Gemeinde Strassen höher ist als die der Stadt Luxemburg, insbesondere aufgrund umfangreicherer Infrastrukturarbeiten, vor allem im Bereich des Kanalnetzes, wo auch Rohrleitungen mit hoher Kapazität verlegt werden.

Beim Anlaufen des Projektes belief sich der geschätzte Gesamtbeitrag der Gemeinde auf rund 8 Millionen Euro, ein Betrag, der im Haushalt veranschlagt wurde. Erste Abrechnungen zeigen jedoch, dass die tatsächlichen Kosten deutlich niedriger ausfallen. Derzeit belaufen sich die Kosten auf etwa 4,41 Millionen Euro, wobei der Betrag auf 4,5 Millionen Euro aufgerundet wurde, um mögliche künftige Anpassungen zu berücksichtigen, insbesondere für bestimmte zusätzliche Arbeiten wie die Beschilderung.

Der Bürgermeister betont, dass der Großteil der Rechnungen bereits eingegangen ist, weshalb diese Schätzung als sehr zuverlässig anzusehen ist.
Es werden keine Fragen gestellt.

Der geschätzte Betrag wird zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen.

10. Punktuelle Änderung des ordentlichen Haushalts.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt eine punktuelle Änderung des Haushalts vor und beginnt mit dem, was sie selbst als „gute Nachricht“ bezeichnet. Sie erinnert daran, dass ursprünglich 8 Millionen Euro für das Projekt in der Rue de Reckenthal vorgesehen waren, von denen letztlich nur etwa 4,5 Millionen benötigt werden. Dadurch ergibt sich eine Einsparung von 3,5 Millionen Euro.

Ein Teil dieser Summe, 2.250.000 Euro, fließt in den Reservefonds, wodurch sich dessen Gesamtvolumen auf rund 20,18 Millionen Euro erhöht. Einschließlich der Mittel des Pacte Logement belaufen sich die kommunalen Rücklagen damit auf nunmehr fast 28,7 Millionen Euro.

Im Zuge dieser Haushaltsänderung schlägt Schöffin Anne Arend (CSV) ebenfalls mehrere Anpassungen vor. Sie erwähnt zunächst die Anpassung der Lebenshaltungskostenbeihilfe, die nun dank der vom Staat übermittelten Daten automatisch erfolgt. Mit diesem System müssen die Begünstigten keinen Antrag mehr stellen, und es wird sichergestellt, dass die Beihilfe direkt bei den Betroffenen ankommt. Da der genaue Betrag für 2026 nun bekannt ist, ist eine Aufstockung des ursprünglich vorgesehenen Budgets um rund 45.000 Euro erforderlich, wodurch der Gesamtbetrag auf fast 193.000 Euro steigt.

Anschließend erwähnt sie eine Aufstockung der Mittel für die Sachverständigenbüros aufgrund der steigenden Zahl laufender Projekte sowie einen neuen Haushaltsposten im Rahmen der Wiederaufnahme der Altkleidersammlung durch den Verein Co-labor, nachdem Kolping diese Tätigkeit eingestellt hat. Hierfür ist ein Betrag von 10.000 Euro vorgesehen.

Unter Berücksichtigung all dieser Anpassungen kann ein Haushaltsüberschuss von rund 1,95 Millionen Euro beibehalten werden, der eine Sicherheitsmarge für das laufende Jahr darstellt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) gibt weitere Informationen, was den Wechsel von Kolping zu Co-labor angeht und geht dabei auf die Probleme ein, mit denen diese Branche zu kämpfen hat, insbesondere aufgrund der Entwicklung des Marktes für Altkleider und der Überalterung der ehrenamtlichen Einrichtungen. Er betont, dass die Gemeinden eine wichtige Rolle dabei spielen, diesen Dienst aufrechtzuerhalten, und relativiert die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde.

Er geht auch auf die Bedeutung der Automatisierung von Sozialleistungen ein und betont, dass viele

Menschen in prekären Lebenssituationen keine Anträge stellen, was die Wirksamkeit der bestehenden Regelungen einschränkt. Dank dieses neuen Systems gelangt die Hilfe direkt zu den Begünstigten, von denen es 249 in der Gemeinde gibt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich kurz, ob die bestehenden Container für die Altkleidersammlung beibehalten werden, was der Bürgermeister bestätigt.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt, und die Haushaltsänderung wird einstimmig angenommen.

11. Genehmigung mehrerer Grabstättenkonzessionen, die im Jahr 2025 abgeschlossen wurden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt einen Punkt vor, der jedes Jahr auf der Tagesordnung steht und die Genehmigung der im vergangenen Jahr erteilten Grabkonzessionen betrifft. Er geht kurz auf den rein formalen Charakter dieses Vorgehens ein, das durch den gesetzlichen Rahmen vorgegeben ist, obwohl es sich um Entscheidungen handelt, die bereits administrativ festgeschrieben sind.

Die Liste der betreffenden Konzessionen wurde den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt. Sie werden zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

12. Anpassung der Gebührenordnung für die « Nuits blanches ».

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die kommunale Abgabe für die sogenannten „Nuits blanches“, eine Gebühr für verlängerte nächtliche Öffnungszeiten, bisher 35 Euro betrug. Er schlägt vor, sie auf den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag von 60 Euro anzuheben. Er betont, dass diese Anpassung vor allem darauf abzielt, die Gebühr auf ein einheitlicheres Niveau zu bringen, ohne dass dies erhebliche Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinde hat.

Schöffin Anne Arend (CSV) ergänzt, dass der Gesamtkatalog der kommunalen Abgaben derzeit fertiggestellt und in Kürze vorgelegt wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) stellt eine umfassendere Überlegung zur Regelung dieser Genehmigungen an. Als Beispiel führt er die Stadt Luxemburg an, wo die Anzahl der „Nuits blanches“ begrenzt ist, und schlägt vor, ebenfalls eine Leitlinie festzulegen, um Lärmbelästigungen, insbesondere in der Nähe von Wohngebieten, zu vermeiden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass eine solche Regelung informell bereits bestehe. Tatsächlich wüssten die Gaststätten, dass eine Genehmigung pro Monat eine angemessene Höchstzahl darstelle. Er betont die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen Geselligkeit und Ruhe für die Anwohner zu wahren, und weist darauf hin, dass eine zu häufige Erteilung von Genehmigungen unweigerlich zu Beschwerden führen würde.

Er weist auch darauf hin, dass bestimmte kommunale Einrichtungen, wie das Jugendhaus oder bestimmte Säle, nicht für die Ausrichtung solcher spätabendlichen Veranstaltungen vorgesehen sind oder zumindest nur in sehr begrenztem Maße. Es geht weiterhin darum, jegliche Auswüchse in Form einer übermäßigen und lautstarken Nutzung der Räumlichkeiten zu vermeiden.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) und Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßen diese umsichtige Herangehensweise, insbesondere unter Verweis auf Sicherheitsfragen und nächtliche Ruhestörungen.

Der Bürgermeister erinnert abschließend daran, dass jeder Antrag vom Schöffenkollegium geprüft wird, das sich einen Ermessensspielraum für Einzelfallentscheidungen vorbehält.

Die Erhöhung der Gebühr auf 60 Euro wird anschließend zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

13. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) informiert über die Möglichkeit, ein Vorkaufsrecht für ein 3,79 Ar großes Baugrundstück zu einem Preis von 758.000 Euro

auszuüben. Er betont jedoch, dass die Preise auf dem lokalen Immobilienmarkt weiterhin hoch sind und dass die Gemeinde keinen unmittelbaren Bedarf für dieses spezifische Grundstück hat.

Er schlägt daher vor, dieses Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

Da keine Einwände erhoben werden, wird über den Vorschlag abgestimmt und dieser wird einstimmig angenommen.

b) Punktuelle Änderung PAG « Pescher VI »

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt dieses Dossier vor und betont dabei dessen Komplexität. Es handelt sich um eine punktuelle Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG) in Zusammenhang mit dem Projekt „Pescher VI", der Erweiterung eines bereits teilweise erschlossenen Ortsteils.

Er erklärt, dass bestimmte Flächen im Rahmen eines früheren Teilbebauungsplans bebaut wurden, obwohl sie eigentlich zu einer anderen Projektphase gehörten. Daher mussten diese Flächen neu berechnet und korrekt in die neue Planung übernommen werden, um jegliche Überschreitung zu vermeiden.

Die Zielsetzung ist klar: Es soll sichergestellt werden, dass bereits bebauten Flächen korrekt erfasst werden und eine implizite Erhöhung der Baurechte vermieden wird. Das Projekt sieht insgesamt 218 Wohnungen vor, ohne dass es zu einer Erhöhung im Gesamtumfang kommt.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) hebt hervor, dass dieser Sachverhalt auf Fehler in der Vergangenheit hinweist, und betont, wie wichtig es ist, die Vorgänge in Zukunft besser im Griff zu haben. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass es sich um einen historisch gesehen komplexen Fall handelt, und verweist darauf, dass jetzt Strenge geboten sei, um jegliche ungerechtfertigte Vorteilsnahme zu vermeiden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) betont, wie wichtig es sei, den Fachleuten zu vertrauen, und lobt gleichzeitig die gewissenhafte Arbeit des Gemeindearchitekten.

Nach diesem Austausch wird das Projekt einstimmig angenommen.

c) Punktuelle Änderung PAG « Bourmicht » und Punktuelle Änderung QE (bestehendes Quartier)

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt einen Änderungsantrag zur Umgestaltung eines Teils des Ortsteils Bourmicht vor. Er schlägt vor, die derzeitige Einstufung durch die Bezeichnung „bestehendes Quartier" zu ersetzen und neue Regelungen festzulegen, welche den Gegebenheiten vor Ort besser entsprechen. Bei dieser Änderung geht es unter anderem um die Anlage eines Fußgängerwegs (und möglicherweise eines Radwegs) sowie die Umwidmung eines kommunalen Parkplatzes, der langfristig zu einem strukturierten Parkraum oder einem gemischt genutzten Projekt umgestaltet werden könnte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) stellt die Frage nach der Weiterführung des Radwegs und betont, wie wichtig es ist, eine echte Anbindung für Radfahrer zu gewährleisten. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt, dass dieser Aspekt berücksichtigt wird, weist jedoch darauf hin, dass es immer noch einige technische Hürden gibt.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

d) Punktuelle Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG – Artikel 15.1

Dann spricht Bürgermeister Nico Pundel (CSV) ein heikleres Thema an: die Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG), um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zu ermöglichen, dies vor allem mit Blick auf den Bedarf des ONA (Nationales Amt für Aufnahme).

Er erklärt, dass die derzeitigen Regelungen die Umsetzung solcher Projekte auf dem Gemeindegebiet praktisch unmöglich machten. Die Änderung führt daher zu einer Lockerung der Vorschriften, wobei die Projekte weiterhin strengen Auflagen unterliegen: Eingliederung in die bestehende Umgebung, Berücksichtigung der charakteristischen Merkmale der Nachbargebiete, Einschränkung der Auswirkungen auf angrenzende

Grundstücke und die Umwelt. Er betont, dass die die Entscheidungsgewalt bezüglich des Standorts und der Größe der Einrichtungen weiterhin bei der Gemeinde bleibt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) betont, wie wichtig es ist, dass die Gemeinden sich solidarisch zeigen, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schlägt vor, die bestehenden Einrichtungen in anderen Gemeinden zu besichtigen, um solche Projekte konkreter einschätzen zu können.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) begrüßt diese Idee, schlägt jedoch vor, Besichtigungen erst dann zu organisieren, wenn ein konkretes Projekt vorliegt.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) verweist darauf, wie wichtig es ist, dass die Einrichtungen eine überschaubare Größe haben, um die Integration und bessere Lebensbedingungen zu fördern.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

14. Verschiedenes.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) geht auf die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen ein. Er ist der Ansicht, dass einige der derzeit verwendeten Formulare, insbesondere im PDF-Format, nicht mehr zeitgemäß sind, und schlägt eine schrittweise Modernisierung vor. Außerdem erkundigt er sich nach dem Stand der Dinge, was das Vorhaben angeht, eine Übertragung der Gemeinderatssitzungen anzubieten.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass eine umfassendere Digitalisierung notwendig sei, bei der es nicht nur um Formulare gehe, sondern um alle von der Gemeinde angebotenen Dienstleistungen. Er weist darauf hin, dass derzeit Überlegungen angestellt werden, auch in Zusammenarbeit mit dem SIGI, und erwähnt auch die Möglichkeit, auf private Dienstleister zurückzugreifen. Was die Übertragung der Sitzungen angeht, so sei das Vorhaben zwar in Arbeit, aber noch nicht abgeschlossen.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) betont, dass die technische Ausstattung bereits vorhanden zu sein scheine, und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die konkrete Umsetzung nicht verzögert wird. Er weist auch auf Infrastrukturprobleme im Ortsteil Pescher IV hin, dabei geht es um beschädigte Pflastersteine und Baumumrandungen, die in einem schlechten Zustand sind.

Die Ausführungen von Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) gehen in die gleiche Richtung. Ihr geht es vor allem um Fragen der Verkehrssicherheit in diesem Viertel, wo Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht eingehalten werden und die Sicht durch falsch geparkte Fahrzeuge eingeschränkt ist. Sie weist zudem auf eine gefährliche Situation an der Route d'Arlon hin. Hier fehlt ein sicherer Fußgängerüberweg, was insbesondere für Familien und Nutzer des Busverkehrs zum Problem wird. Schließlich stellt sie eine Frage an die Gemeinde, wie es um die Kontrolle von Unterkünften vom Typ „möblierte Zimmer" und deren Konformität steht.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt mit, dass derzeit eine Bestandsaufnahme potenziell überbelegter Wohnungen durchgeführt wird. Die Eigentümer erhielten ein Schreiben, in dem sie um genaue Informationen zur Situation gebeten wurden; eine Analyse ist in Arbeit.

Gemeinderat Dan Thein (DP) spricht das von Anwohnern gemeldete Rattenproblem an. Der Bürgermeister erklärt, dass bereits ein Maßnahmenplan existiere und dass bei Bedarf gezielte Maßnahmen ergriffen würden.

Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) erwähnt seinerseits die durch Vögel verursachten Unannehmlichkeiten, insbesondere die starken Verschmutzungen auf Terrassen. Der Bürgermeister betont, dass es sich hierbei um ein natürliches Phänomen handelt, das schwer zu steuern ist, und verweist auf die Notwendigkeit, die Natur präsent zu halten und gleichzeitig den Anforderungen des Alltags gerecht zu werden.

Was den Bereich Soziales angeht, geht Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) auf den finanziellen Beitrag ein, der von den Eltern für die Schulferienlager verlangt wird, sowie auf die Lösungen, die für Familien vorgesehen sind, die sich in einer schwierigen Lage befinden. Der Bürgermeister versichert, dass kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird und dass in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften stets diskret eine Lösung gefunden wird.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) bringt zwei Punkte bezüglich der internen Arbeitsabläufe zur Sprache: zum einen die Möglichkeit, den Gemeinderäten standardisierte digitale Geräte zur Verfügung zu stellen, insbesondere aus Gründen des Datenschutzes, und zum anderen die Ausgabe von Badges für den Zugang zum Rathaus, damit die Gemeinderäte selbstständiger agieren können. Der Bürgermeister antwortet, dass Tablets bereits vorhanden seien, aber kaum genutzt würden. Die Frage bezüglich der Badges könne geprüft werden.

Schließlich stellt Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) mehrere Fragen zu laufenden Projekten, insbesondere zum Einsatz von Kameras und zur Ausstattung von Spielplätzen mit Toiletten. Der Bürgermeister erklärt, dass für die Kameras ein Termin mit dem Ministerium erforderlich sei und dass bestimmte sanitäre Einrichtungen bereits vorhanden seien.

15. Personalangelegenheiten:

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt mehrere Beschlüsse zum Gemeindepersonal vor.

a) Beschluss über einen Antrag auf Verkürzung der Probezeit

Zunächst legt er dem Gemeinderat einen Antrag auf Verkürzung der Probezeit für eine Gemeindemitarbeiterin, Frau Nadia Staudt, vor. Er erklärt, dass diese Mitarbeiterin qualitativ hochwertige Arbeit leistet und daher Anspruch auf eine Verkürzung der Probezeit hat. Durch diese Maßnahme könnte sie bereits am 1. Juni 2026 ihre endgültige Ernennung erhalten, ohne die ursprünglich vorgesehene Probezeit vollständig absolvieren zu müssen. Es gibt keine Fragen.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

b) Schaffung einer befristeten Stelle in der Laufbahn A1

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) schlägt anschließend die Schaffung einer befristeten Stelle in der Laufbahn A1 vor, um den Vertrag von Herrn Mathieu Schroeder, der derzeit für das Gemeindearchiv zuständig ist, um ein Jahr zu verlängern. Herr Schroeder, der über einen Abschluss in Geschichte verfügt, ist bereits seit einem Jahr für die Gemeinde tätig und hat sich insbesondere für Projekte im Zusammenhang mit dem 175-jährigen Jubiläum engagiert. Der Bürgermeister hebt die Qualität seiner Arbeit hervor und erklärt, dass diese Verlängerung es ermöglichen wird, die Strukturierung der Archive weiter voranzutreiben, bis umfassendere Überlegungen zur zukünftigen Organisation der Dienststelle vorliegen. Er weist zudem darauf hin, dass Herr Schroeder sich auf ein Examen vorbereitet, um Lehrkraft zu werden, was früher oder später zu seinem Ausscheiden führen könnte.

Die Schaffung der Stelle wird einstimmig beschlossen.

c) Schaffung einer Stelle als Gemeindeangestellter in der Laufbahn A2

Als dritten Punkt schlägt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) die Schaffung einer Stelle als Gemeindeangestellte in der Laufbahn A2 für Frau Luiza Noculak vor, die seit 17 Jahren bei der Gemeinde beschäftigt ist. Er erklärt, dass diese über einen Master-Abschluss verfügt, bisher jedoch eine Stelle in der Laufbahn B1 besetzte. Er hebt ihr Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Qualität ihrer Arbeit hervor, insbesondere im Bereich des sozialen Miteinanders. Er weist darauf hin, dass das Ministerium diese Art von Tätigkeit auf der Ebene A2 unterstützt und dass die Gemeinde ihr Organigramm dementsprechend anpassen möchte. Diese Maßnahme würde im Sinne der Anerkennung und der organisatorischen Kohärenz erfolgen.

Es werden keine Einwände erhoben.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

d) Ernennung zum Verwaltungsangestellten für die Dienststelle Wohnungswesen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

e) Ernennung auf die freie Stelle eines Gemeindebeamten im Einwohneramt (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

f) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

16. Beschluss im Rahmen eines Vorkaufsrechts (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Séance du conseil communal du 5 mars 2026

FR

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 11.12.2025 du 18.12.2025 et du 22.01.2026.**
2. **Approbation de plusieurs contrats de bail.**
3. **Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.**
4. **Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.**
5. **Fixation d'une redevance pour l'utilisation des terrains de football synthétiques.**
6. **Approbation de plusieurs actes notariés.**
7. **Approbation de plusieurs conventions dans le cadre de la Maison des Jeunes.**
8. **Adoption du devis estimatif relatif à la mise en place d'installations photovoltaïques sur le parking Millewisen et l'école Hueflach.**
9. **Approbation de la répartition des coûts dans le cadre du projet de réaménagement de la rue de Reckenthal sous la direction de la ville de Luxembourg.**
10. **Modification ponctuelle du budget ordinaire.**
11. **Approbation d'une série de concessions funéraires conclues pendant l'année 2025.**
12. **Adaptation du règlement-taxe relatif aux nuits blanches.**
13. **Urbanisme :**
    a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption
    b) MOPO PAG « Pescher VI »
    c) MOPO PAG « Bourmicht » et MOPO QE
    d) MOPO PAG - article 15.1
14. **Divers.**
15. **Affaires de personnel**
    a) Décision portant sur une demande de réduction de période d'initiation.
    b) Création d'un poste en CDD dans la carrière A1.
    c) Création d'un poste d'employé communal dans la carrière A2.
    d) Nomination au poste d'agent administratif pour les besoins du service logement (huis clos)
    e) Nomination au poste de fonctionnaire communal vacant au sein du bureau de la population (huis clos)
    f) Décision dans le cadre d'une demande de départ à la retraite (huis clos)
16. **Décision dans le cadre d'un droit de préemption. (huis clos)**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENT (EXCUSÉ) : /

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la réunion en présentant un ordre du jour particulièrement chargé.

Il informe ensuite le conseil que le conseiller Daniel Thein (DP) arrivera avec un léger retard.

1. Approbation des procès-verbaux des séances du 11.12.2025, du 18.12.2025 et du 22.01.2026.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre le premier point de l'ordre du jour consacré à l'approbation des procès-verbaux de trois séances précédentes du conseil communal.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) prend la parole et rappelle qu'il a déjà transmis ses observations en amont. Il propose d'apporter deux précisions aux documents. Concernant le procès-verbal du 18 décembre 2025, il souhaite que soit explicitement mentionné qu'il s'agit bien d'un avis émanant de la Commission des Jeunes, notamment en lien avec la demande adressée à la brasserie communale pour veiller à la propreté du passage.

Pour le procès-verbal du 22 janvier 2026, il demande également une reformulation afin de préciser que les règles relatives à la pyrotechnie ne se limitent

pas à la brasserie et au chalet du Fräiheetsbam, mais concernent également les infrastructures communales de manière générale.

Aucune autre remarque n'est formulée. Les procès-verbaux, intégrant ces adaptations, sont ensuite soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

2. Approbation de plusieurs contrats de bail.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point relatif à l'approbation de plusieurs contrats de bail, en précisant d'emblée qu'il s'inscrit dans une démarche plus large de mise à jour et d'harmonisation de l'ensemble des contrats communaux. Afin de faciliter la lecture, une liste récapitulative a été transmise aux conseillers, plutôt que l'intégralité des documents.

Les contrats concernés portent sur plusieurs biens situés notamment au 110, route d'Arlon, ainsi qu'aux numéros 9, 10, 12, 14 et 25 de la rue Lou Koster, et au 120, rue du Cimetière. Le bourgmestre souligne que ces logements ont été subventionnés par l'État et intégrés dans le dispositif national RENLA, ce qui explique la nécessité d'adapter les contrats au nouveau cadre légal en vigueur, incluant certaines modifications quant à la participation financière des locataires.

Il précise également que, pour deux maisons, les charges ne figurent pas dans les contrats, celles-ci étant directement prises en charge par les occupants via leurs propres compteurs pour l'électricité, l'eau, les eaux usées et le gaz.

Enfin, il informe le conseil qu'un nouveau contrat de bail a été conclu au centre médical et qu'un local est désormais exploité par Madame Tania Marinelli.

Sans discussion supplémentaire, les différents contrats sont soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

3. Nominations et démissions au sein des commissions locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une série de nominations et de démissions au sein de différentes commissions consultatives locales.

Au sein de la Commission de l'aménagement et des bâtisses, Monsieur Michel Pundel quitte ses fonctions de président et de membre. Il est proposé de nommer Madame Nicole Hentzen-Petin en tant que nouvelle présidente, ainsi que Monsieur Michel Kohnen en tant que membre. Madame Joana Domingues De Matos est proposée comme nouvelle membre en remplacement d'un poste vacant.

Pour l'équipe Naturpaktteam, la démission de l'échevine Betty Welter (LSAP) est actée et Madame Xianqing Mao est proposée comme nouveau membre. Au sein de l'équipe Klimateam, Madame Xianqing Mao démissionne et Madame Victoria El-Khoury est proposée pour lui succéder.

Concernant la Commission sociale et de l'égalité des chances, Monsieur Germain Weber quitte ses fonctions de membre en raison d'un changement de résidence. Il est proposé de continuer à bénéficier de son expertise en le nommant comme expert au sein du groupe de travail « handicap ». Dans ce même groupe, la nomination de Victoria El-Khoury est également proposée.

Enfin, pour la Commission de surveillance de l'école de musique, Madame Myriam Wagner est proposée comme nouvelle membre représentant des associations, en remplacement de Monsieur Olivier Beck.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) intervient pour exprimer une réserve de principe quant à la multiplication des groupes de travail. Il craint qu'une telle pratique ne contourne le fonctionnement classique des commissions et n'entraîne une dilution des responsabilités.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît la pertinence de cette remarque, tout en précisant que le recours aux groupes de travail reste exceptionnel et ciblé. Il souligne que, dans le cas présent, le groupe de travail « handicap » répond à un besoin spécifique, nécessitant l'implication de spécialistes et de personnes directement concernées.

L'échevine Betty Welter (LSAP) complète cette explication en rappelant que cette approche s'inscrit

dans le cadre du Plan d'action national de la mise en œuvre de la Convention relative aux droits des personnes handicapées, encouragé par le ministère de la Famille, des Solidarités, du Vivre ensemble et de l'Accueil. L'objectif est d'associer des personnes disposant d'une expérience concrète du terrain, afin de construire des solutions adaptées et réalistes.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) s'intéresse au fonctionnement de ces groupes, notamment à leur durée de vie et à leur finalité. Il s'interroge sur leur caractère temporaire et sur les modalités de leur dissolution une fois les objectifs atteints.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que ces groupes sont conçus comme des structures souples et temporaires, destinées à traiter des projets précis, tels que l'élaboration d'un plan d'inclusion ou la conception d'infrastructures adaptées. Ils permettent d'associer des experts externes et des acteurs concernés sans alourdir le fonctionnement des commissions formelles.

À l'issue de la discussion, le conseiller Paul Klensch (LSAP) ainsi que la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) expriment leur intérêt pour participer au groupe de travail « handicap ».

Le bourgmestre clôt le débat en rappelant que ces groupes ne doivent pas devenir des structures ouvertes sans limite, mais rester ciblés et fonctionnels.

L'ensemble des nominations et démissions est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité

4. Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente le point relatif à la confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation, préalablement adoptés par le collège échevinal et soumis au conseil communal pour approbation.

Il indique que les documents correspondants ont été transmis aux conseillers et invite à formuler d'éventuelles questions ou remarques.

Aucune intervention n'est formulée.

Les règlements sont ensuite soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

5. Fixation d'une redevance pour l'utilisation des terrains de football synthétiques.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit ce point en revenant sur plusieurs incidents récents survenus sur les terrains de football synthétiques. Il explique qu'à deux reprises, des événements de grande ampleur ont été organisés sans autorisation, rassemblant un nombre important de participants, au point de bloquer totalement l'accès aux installations. Lors de l'un de ces événements, une participation financière avait même été demandée aux participants.

Face à cette situation, la commune est intervenue, notamment en identifiant les organisateurs, en engageant des démarches auprès de la police et en facturant les frais de nettoyage. Le bourgmestre souligne toutefois que ces événements, bien que non autorisés, n'étaient pas nécessairement mal organisés dans leur principe. Dès lors, plutôt que d'interdire toute initiative, la commune souhaite désormais encadrer ce type d'usage.

Il est ainsi proposé d'introduire une redevance permettant, sous certaines conditions, de louer les terrains pour des événements organisés. Le tarif envisagé est de 500 euros par jour, incluant l'accès aux vestiaires et le nettoyage, ainsi qu'une caution de 1 500 euros. L'objectif n'est pas de généraliser ces locations, mais de disposer d'un cadre clair permettant d'autoriser ponctuellement des initiatives structurées, tout en évitant les situations incontrôlées.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) comprend la démarche et reconnaît la nécessité d'un encadrement. Il insiste toutefois sur l'importance d'un règlement d'ordre intérieur solide, notamment pour éviter tout usage à but lucratif non encadré et pour protéger la commune contre d'éventuelles responsabilités, notamment en cas de recettes générées de manière informelle.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que l'utilisation restera strictement encadrée et soumise à l'accord préalable de la commune. Il souligne également que le montant de la redevance constitue en soi un filtre, limitant les usages abusifs.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise qu'un règlement d'ordre intérieur global est en cours d'élaboration pour l'ensemble des infrastructures communales, incluant ces terrains.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) exprime néanmoins des réserves. Elle souligne l'importance de préserver l'accès libre aux terrains pour les jeunes de la commune, qui les utilisent spontanément. Elle craint qu'un système de location ne limite cet usage informel et ne crée des situations d'exclusion.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) la rassure en affirmant que cet accès libre restera la règle. La mise en place de la redevance vise uniquement à encadrer des événements exceptionnels et organisés, sans remettre en cause l'usage quotidien par les habitants.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) soutient cette approche, estimant qu'elle permet de prévenir une multiplication incontrôlée d'événements similaires, tout en maintenant une certaine souplesse.

Le conseiller Marc Fischer (DP) s'interroge sur le champ d'application de la mesure et sur les moyens de contrôle. Le bourgmestre précise que cette redevance concerne spécifiquement les terrains synthétiques, en réponse à des situations concrètes observées, et que la commune pourra, en cas d'abus, recourir à des mesures telles que l'intervention de la police ou la fermeture temporaire des installations.

La conseillère Lise Jørgensen (DP) soulève la question de la responsabilité en cas d'accident. Le bourgmestre indique que, dans le cadre d'une location autorisée, celle-ci incombe à l'organisateur.

L'échevine Anne Arend (CSV) ajoute que la mesure a également une portée dissuasive et vise à éviter la répétition d'événements non encadrés. Elle précise par ailleurs que la redevance concerne les deux terrains synthétiques et qu'elle s'appliquera également à certaines activités organisées de manière indépendante, notamment des stages.

Enfin, le bourgmestre rappelle que les associations locales restent exemptées de cette redevance.

Le point est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

6. Approbation de plusieurs actes notariés.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente un premier acte notarié relatif à un projet immobilier situé au Suebelfeld. Il rappelle que, dans le cadre d'une convention déjà approuvée par le conseil communal, la commune s'était engagée à acquérir une série de logements destinés au logement abordable.

Après un certain retard dans la procédure, les contrats sont désormais prêts à être signés. Il s'agit d'un ensemble de 15 appartements, dont les détails ont été transmis aux conseillers. Cette étape correspond à la signature des actes et au premier engagement financier, à hauteur d'environ 2,1 millions d'euros. Le bourgmestre précise que la commune bénéficiera d'un cofinancement de l'État, couvrant notamment une partie du terrain et des honoraires.

Concernant l'utilisation future de ces logements, aucune décision définitive n'a encore été prise. Le bourgmestre évoque plusieurs pistes, comme la vente d'une partie du bloc et la conservation d'autres unités pour la location. Ces choix feront l'objet d'une décision ultérieure du conseil communal.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur la possibilité d'adapter la stratégie en cours de projet, notamment en fonction des aides disponibles pour la mise en location. Le bourgmestre confirme que ces options restent ouvertes à ce stade.
Il précise également que, dans le cas d'une éventuelle vente, celle-ci n'interviendrait qu'à un stade plus avancé du projet, afin de garantir une meilleure visibilité sur les coûts pour les acquéreurs.

Les 15 contrats sont ensuite soumis au vote et adoptés à l'unanimité.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente ensuite un autre acte notarié portant sur la cession gratuite d'un terrain d'une superficie de 42 ares, situé à proximité de la rue Federspiel. Il précise qu'il s'agit d'une voirie qui n'avait jamais été formellement rétrocédée à la commune.

Aucune question n'est soulevée. L'acte est adopté à l'unanimité.

7. Approbation de plusieurs conventions dans le cadre de la Maison des Jeunes.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que la commune confie à la Croix-Rouge luxembourgeoise la gestion complète de la structure, incluant les aspects pédagogiques, administratifs et financiers, dans le respect du cadre légal de l'éducation non formelle. La Croix-Rouge dispose d'une autonomie organisationnelle, tout en restant liée aux principes fixés dans la convention et son cahier des charges.

La convention est conclue pour une durée initiale de trois ans à partir du 1er janvier 2026, avec reconduction tacite. Le financement repose sur un modèle classique, partagé entre l'État et la commune, chacun prenant en charge 50 % des coûts, la commune couvrant en outre d'éventuels déficits non pris en charge.

Elle détaille ensuite le fonctionnement concret de la structure et les activités prévues. La Maison des Jeunes développe une offre variée mêlant activités sportives, projets éducatifs et accompagnement social. Elle met notamment en avant le travail de proximité réalisé par un animateur de rue, qui va à la rencontre des jeunes en dehors de la structure, notamment dans l'espace public ou au skatepark, afin de créer du lien avec ceux qui ne fréquentent pas spontanément la Maison des Jeunes. Des séjours, ateliers, projets collectifs et événements sont également organisés, contribuant à renforcer la cohésion et l'engagement des jeunes.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'intéresse à l'impact de ce travail de rue et s'interroge sur le nombre de jeunes concernés. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) explique qu'il s'agit généralement de petits groupes, variables selon les périodes, mais que ce travail permet d'établir un contact durable et de réduire la présence de jeunes désœuvrés dans l'espace public.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) aborde également la question de l'usage des téléphones portables, dans un contexte où leur utilisation est de plus en plus encadrée ailleurs, notamment à l'école. Elle s'interroge sur la position adoptée au sein de la Maison des Jeunes.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) indique que cette réflexion est en cours, notamment dans la perspective de futures adaptations, mais souligne que l'approche devra rester équilibrée.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) met en garde contre une interdiction trop stricte, qui risquerait de rendre la structure moins attractive pour les jeunes. L'échevine Anne Arend (CSV) partage cette analyse et insiste sur la nécessité de trouver un juste milieu entre encadrement et attractivité.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne que des activités engageantes permettent naturellement de réduire l'usage des téléphones, les jeunes se concentrant alors sur les interactions et les projets proposés.

L'échevine Maryse Bestgen (déi gréng) illustre cette dynamique en évoquant une initiative des jeunes eux-mêmes, qui ont proposé de retirer la représentation d'un téléphone dans un projet de graffiti, signe d'une prise de conscience progressive.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) propose une approche alternative en suggérant la mise en place de casiers sécurisés permettant aux jeunes de déposer volontairement leurs téléphones ou effets personnels, favorisant ainsi un usage plus réfléchi sans recourir à l'interdiction.

L'échevine Anne Arend (CSV) confirme que cette piste est à l'étude, tant pour la Maison des Jeunes que pour d'autres infrastructures, afin de sécuriser les effets personnels des usagers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) conclut en exprimant sa confiance dans les responsables de la structure pour trouver un équilibre adapté entre encadrement et liberté.

La convention est ensuite soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

8. Adoption du devis estimatif relatif à la mise en place d'installations photovoltaïques sur le parking Millewisen et l'école Hueflach.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente un projet d'envergure visant l'installation de panneaux

photovoltaïques sur plusieurs infrastructures communales. Sont concernés notamment la couverture du parking situé près du terrain de football, les vestiaires, la tribune ainsi que l'école Hueflach.

Il détaille les capacités prévues : environ 39,5 kWc sur la tribune, 263 kWc sur le parking et 31 kWc sur le bâtiment scolaire. L'ensemble de l'électricité produite sera destiné à l'autoconsommation de la commune. Le coût global du projet s'élève à près de 2 millions d'euros.

Le conseiller Daniel Thein (DP) s'interroge sur les aspects techniques et financiers du projet, notamment en ce qui concerne l'utilisation de l'énergie produite, les éventuels contrats ou encore les aides étatiques.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que la commune consomme déjà une quantité importante d'énergie, ce qui garantit l'absorption de la production. Il explique également que, bien que certains mécanismes de soutien existent, ce projet est réalisé sans subvention spécifique, la commune ayant choisi d'avancer de manière autonome.

Le conseiller Daniel Thein (DP) s'intéresse ensuite à la rentabilité du projet. Le bourgmestre reconnaît que le retour sur investissement n'est pas immédiat, mais souligne qu'il s'inscrit dans une stratégie à moyen et long terme, combinant production locale d'énergie et gain en autonomie.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) soutient cette approche et met en avant l'importance croissante de l'indépendance énergétique, notamment dans un contexte international incertain. Il estime que ce type d'investissement se justifie pleinement, tant sur le plan économique qu'environnemental.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) conclut en soulignant que ce projet constitue une première étape. Il reconnaît que certaines installations, comme les structures de parking, impliquent des coûts supplémentaires non négligeables, et qu'une évaluation continue sera nécessaire pour orienter les futurs investissements.

Le devis estimatif de 1.992.233 euros est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

9. Approbation de la répartition des coûts dans le cadre du projet de réaménagement de la rue de Reckenthal sous la direction de la Ville de Luxembourg.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente l'état d'avancement du projet de réaménagement de la rue de Reckenthal, en se concentrant sur la deuxième phase des travaux, réalisée sous la direction de la Ville de Luxembourg.

Il rappelle que la participation financière de la commune de Strassen est plus importante que celle de la Ville de Luxembourg, notamment en raison de travaux d'infrastructure plus conséquents, en particulier au niveau du réseau de canalisation, incluant des conduites de grande capacité.

Au lancement du projet, une estimation globale situait la participation de la commune autour de 8 millions d'euros, montant qui avait été inscrit au budget. Toutefois, les premiers décomptes révèlent une réalité nettement inférieure. À ce stade, les coûts s'élèvent à environ 4,41 millions d'euros, avec une estimation arrondie à 4,5 millions d'euros afin d'intégrer d'éventuels ajustements encore à venir, notamment pour certains travaux annexes comme la signalisation.

Le bourgmestre souligne que la majorité des factures ont déjà été réceptionnées, ce qui confère à cette estimation un degré de fiabilité élevé.

Aucune question n'est soulevée.

Le montant estimatif est soumis au vote et adopté à l'unanimité.

10. Modification ponctuelle du budget ordinaire.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente une modification ponctuelle du budget en commençant par ce qu'elle qualifie elle-même de « bonne nouvelle ». Elle rappelle que 8 millions d'euros avaient été initialement prévus pour le projet de la rue de Reckenthal, dont seulement environ 4,5 millions seront finalement nécessaires. Cette différence permet de dégager une économie de 3,5 millions d'euros.

Une partie de cette somme est affectée au fonds de réserve, à hauteur de 2 250 000 euros, portant celui-ci

à un total d'environ 20,18 millions d'euros. En incluant le fonds du Pacte Logement, les réserves communales atteignent désormais près de 28,7 millions d'euros.

Profitant de cette modification budgétaire, l'échevine Anne Arend (CSV) propose également plusieurs ajustements. Elle évoque d'abord l'adaptation de l'aide à la vie chère, désormais automatisée grâce aux données transmises par l'État. Ce système permet d'éviter aux bénéficiaires d'introduire une demande et garantit que l'aide parvient directement aux personnes concernées. Le montant exact pour 2026 étant désormais connu, une augmentation d'environ 45 000 euros du budget initialement prévu est nécessaire, portant le total à près de 193 000 euros.

Elle mentionne ensuite une hausse des crédits pour les bureaux d'experts, en raison du nombre croissant de projets en cours, ainsi qu'un nouveau poste budgétaire lié à la reprise de la collecte des vêtements usagés par l'association Co-labor, suite à l'arrêt de l'activité de Kolping. Une enveloppe de 10 000 euros est prévue à cet effet.

L'ensemble de ces ajustements permet de maintenir un excédent budgétaire d'environ 1,95 million d'euros, constituant une marge de sécurité pour l'année en cours.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) apporte des précisions sur la transition entre Kolping et Co-labor, en soulignant les difficultés rencontrées dans ce secteur, notamment liées à l'évolution du marché du textile usagé et au vieillissement des structures bénévoles. Il insiste sur le rôle des communes dans le maintien de ce service et relativise l'impact financier pour la commune.

Il revient également sur l'importance de l'automatisation des aides sociales, en soulignant que de nombreuses personnes en situation de précarité n'introduisent pas de demandes, ce qui limite l'efficacité des dispositifs existants. Grâce à ce nouveau système, l'aide atteint directement les bénéficiaires, au nombre de 249 dans la commune.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'informe brièvement du maintien des conteneurs existants pour la collecte de vêtements usagés, ce que confirme le bourgmestre.

Aucune autre question n'est soulevée et la modification budgétaire est adoptée à l'unanimité

11. Approbation d'une série de concessions funéraires conclues pendant l'année 2025.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente un point récurrent inscrit chaque année à l'ordre du jour, relatif à l'approbation des concessions funéraires accordées au cours de l'année écoulée. Il évoque brièvement le caractère formel de cette démarche, imposée par le cadre légal, bien qu'elle porte sur des décisions déjà actées administrativement.

La liste des concessions concernées a été transmise aux membres du conseil. Elles sont soumises au vote et adoptées à l'unanimité.

12. Adaptation du règlement-taxe relatif aux nuits blanches.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la taxe communale pour les « nuits blanches » s'élevait jusqu'à présent à 35 euros. Il propose de l'augmenter au montant maximal autorisé par la législation, soit 60 euros. Il précise que cette adaptation vise surtout à aligner la taxe sur un niveau plus cohérent, sans impact financier significatif pour la commune.

L'échevine Anne Arend (CSV) ajoute que le catalogue global des taxes communales est actuellement en cours de finalisation et sera prochainement présenté.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) soulève une réflexion plus large sur l'encadrement de ces autorisations. Il évoque l'exemple de la Ville de Luxembourg, où le nombre de nuits blanches est limité, et suggère de définir également une ligne directrice afin d'éviter des nuisances, notamment à proximité des habitations.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique qu'une telle régulation existe déjà de manière informelle. En pratique, les établissements savent qu'une autorisation par mois constitue la limite raisonnable. Il insiste sur la nécessité de préserver un équilibre entre vie sociale et tranquillité des riverains, soulignant que des autorisations trop fréquentes entraîneraient inévitablement des plaintes.

Il précise également que certaines infrastructures communales, comme la Maison des Jeunes ou certaines salles, ne sont pas destinées à accueillir ce type d'événements tardifs, ou alors de manière très limitée. L'objectif reste d'éviter toute dérive vers une utilisation excessive et bruyante des lieux.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) et la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) appuient cette prudence, notamment en évoquant les questions de sécurité et de nuisances nocturnes.

Le bourgmestre conclut en rappelant que chaque demande reste soumise à l'appréciation du collège échevinal, qui conserve une marge de décision au cas par cas.

La modification de la taxe, portée à 60 euros, est ensuite soumise au vote et adoptée à l'unanimité

13. Urbanisme:

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une opportunité d'exercer un droit de préemption sur un terrain à bâtir de 3,79 ares pour un montant de 758.000 euros. Il souligne toutefois que le marché immobilier local reste élevé et que la commune ne dispose pas d'un besoin immédiat pour ce terrain spécifique.

Il propose dès lors de ne pas exercer ce droit de préemption.

Aucune remarque n'étant formulée, la proposition est mise au vote et adoptée à l'unanimité.

b) MOPO PAG « Pescher VI »

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit ce dossier en insistant sur sa complexité. Il s'agit d'une modification ponctuelle du PAG liée au projet « Pescher VI », extension d'un quartier déjà partiellement construit.

Il explique que certaines surfaces avaient été bâties dans le cadre d'un PAP précédent, alors qu'elles relevaient en réalité d'une autre phase du projet. Il a donc fallu recalculer et réintégrer correctement ces surfaces dans la nouvelle planification afin d'éviter tout dépassement.

L'objectif est clair : garantir que les surfaces déjà construites soient correctement comptabilisées et éviter toute augmentation implicite des droits à bâtir. Le projet aboutit à un total de 218 logements, sans augmentation globale.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) souligne que cette situation révèle des erreurs passées et insiste sur l'importance d'une meilleure maîtrise des dossiers à l'avenir. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît la complexité historique du dossier et rappelle la nécessité actuelle de rigueur pour éviter tout avantage indu.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) insiste sur la confiance nécessaire envers les experts, tout en saluant le travail rigoureux de l'architecte communale.
Après ces échanges, le projet est adopté à l'unanimité.

c) MOPO PAG « Bourmicht » et MOPO QE

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une modification visant à adapter une partie du quartier Bourmicht. Il propose de remplacer la classification actuelle par un « quartier existant » avec de nouvelles règles mieux adaptées à la réalité du terrain. Cette modification inclut notamment l'intégration d'un chemin piétonnier (et potentiellement cyclable), la requalification d'un parking communal, qui pourrait à terme évoluer vers un parking structuré ou un projet mixte.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur la continuité de la piste cyclable et souligne l'importance de garantir une vraie liaison pour les vélos. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme que cette dimension est envisagée, tout en rappelant que certaines contraintes techniques subsistent.

La modification est adoptée à l'unanimité.

d) MOPO PAG – article 15.1

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) aborde un sujet plus sensible : l'adaptation du PAG pour permettre

l'implantation de structures d'accueil pour réfugiés, notamment en lien avec les besoins de l'ONA (Office national de l'accueil).

Il explique que les règles actuelles rendaient pratiquement impossible la réalisation de tels projets sur le territoire communal. La modification introduit donc une ouverture réglementaire, tout en encadrant strictement les projets : intégration dans l'environnement existant, respect des caractéristiques du voisinage, limitation des impacts sur les terrains adjacents et l'environnement. Il souligne que la commune conserve un pouvoir décisionnel sur l'implantation et la taille des structures.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) insiste sur la nécessité de solidarité entre communes face à l'accueil des réfugiés. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) propose d'organiser des visites de structures existantes dans d'autres communes afin de mieux appréhender concrètement ces projets.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) accueille favorablement cette idée, tout en suggérant d'attendre un projet concret pour organiser ces visites.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) rappelle l'importance de structures à taille humaine pour favoriser l'intégration et de meilleures conditions de vie.

La modification est adoptée à l'unanimité.

14. Divers.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) soulève la question de la digitalisation des démarches administratives. Il estime que certains formulaires actuels, notamment en format PDF, ne sont plus adaptés et suggère une modernisation progressive. Il interroge également l'état d'avancement du projet de retransmission des séances du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît la nécessité d'une digitalisation plus globale, qui ne concerne pas seulement les formulaires, mais aussi l'ensemble des services communaux. Il indique qu'une réflexion est en cours, notamment avec le SIGI, tout en évoquant la possibilité de recourir à des prestataires privés. Concernant la retransmission des séances, le projet est en cours, mais n'a pas encore abouti.

Le conseiller Marc Fischer (DP) souligne que les équipements techniques semblent déjà en place et espère que la mise en œuvre ne sera pas retardée. Il attire également l'attention sur des problèmes d'infrastructure dans le quartier Pescher IV, notamment des dalles endommagées et des aménagements dégradés autour des arbres.

Dans le même esprit, la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) insiste sur des questions de sécurité routière dans ce quartier, où la limitation de vitesse n'est pas respectée et où la visibilité est réduite en raison de véhicules mal stationnés. Elle évoque également une situation dangereuse sur la route d'Arlon, où l'absence de passage piéton sécurisé pose problème, notamment pour les familles et les usagers du bus. Elle interroge enfin la commune sur le suivi des logements de type « chambres meublées » et leur conformité.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique qu'un recensement est en cours concernant les logements potentiellement sur-occupés. Des courriers ont été envoyés aux propriétaires afin d'obtenir des informations précises sur la situation, et une analyse est en cours.

Le conseiller Dan Thein (DP) aborde la problématique des rats, signalée par des habitants. Le bourgmestre précise qu'un plan d'intervention existe déjà et que des actions ciblées sont menées lorsque cela s'avère nécessaire.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) évoque quant à lui des nuisances causées par des oiseaux, notamment des salissures importantes sur des terrasses. Le bourgmestre souligne qu'il s'agit d'un phénomène naturel difficile à réguler, rappelant la nécessité de concilier présence de la nature et contraintes du quotidien.

Sur le plan social, la conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) s'interroge sur la participation financière demandée aux parents pour les colonies scolaires et sur les solutions prévues pour les familles en difficulté. Le

bourgmestre assure qu'aucun enfant n'est exclu pour des raisons financières et que des solutions discrètes sont systématiquement trouvées en collaboration avec les enseignants.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) soulève deux points relatifs au fonctionnement interne : d'une part, la mise à disposition éventuelle d'équipements numériques standardisés pour les conseillers, notamment pour des raisons de sécurité des données, et d'autre part l'attribution de badges d'accès au bâtiment communal afin de faciliter leur autonomie. Le bourgmestre répond que des tablettes existent déjà, mais sont peu utilisées. Il indique que la question des badges pourra être examinée.

Enfin, la conseillère Lise Jørgensen (DP) pose plusieurs questions concernant des projets en cours, notamment l'installation de caméras et la présence de toilettes sur les aires de jeux. Le bourgmestre précise qu'un rendez-vous avec le ministère est nécessaire pour les caméras et que certaines infrastructures sanitaires existent déjà.

15. Affaires de personnel:

Plusieurs décisions relatives au personnel communal sont présentées par le bourgmestre Nico Pundel (CSV).

a) Décision portant sur une demande de réduction de période d'initiation

Dans un premier temps, il soumet au conseil une demande de réduction de la période d'initiation concernant une employée communale, Madame Nadia Staudt. Il explique que celle-ci fournit un travail de grande qualité et qu'elle peut, dans ce cadre, bénéficier d'une réduction de stage. Cette mesure permettrait sa nomination définitive dès le 1er juin 2026, sans devoir accomplir la totalité de la période initialement prévue. Aucune question n'est soulevée.

La décision est adoptée à l'unanimité.

b) Création d'un poste en CDD dans la carrière A1

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente ensuite la création d'un poste en CDD dans la carrière A1, afin de prolonger d'une année le contrat de Monsieur Mathieu Schroeder, actuellement en charge des archives communales. Titulaire d'un diplôme en histoire, celui-ci a déjà travaillé une année pour la commune et s'est notamment investi dans les projets liés au 175e anniversaire. Le bourgmestre souligne la qualité de son travail et explique que cette prolongation permettra de poursuivre la structuration des archives, en attendant une réflexion plus globale sur l'organisation future du service. Il précise également que l'intéressé prépare un examen pour devenir enseignant, ce qui pourrait conduire à son départ à terme.

La création du poste est adoptée à l'unanimité.

c) Création d'un poste d'employé communal dans la carrière A2

Dans un troisième point, le bourgmestre Nico Pundel (CSV) propose la création d'un poste d'employé communal dans la carrière A2, concernant Madame Luiza Noculak, employée de la commune depuis 17 ans. Il explique que celle-ci dispose d'un diplôme de niveau master, mais occupait jusqu'à présent un poste en carrière B1. Il souligne son engagement, sa disponibilité et la qualité de son travail, notamment dans le domaine du vivre-ensemble. Il précise que le ministère soutient ce type de fonction au niveau A2 et que la commune souhaite aligner son organigramme sur cette logique. Cette évolution est présentée comme une mesure de reconnaissance et de cohérence organisationnelle.

Aucune opposition n'est exprimée.

La décision est adoptée à l'unanimité.

d) Nomination au poste d'agent administratif pour les besoins du service logement (huis clos)

e) Nomination au poste de fonctionnaire communal vacant au sein du bureau de la population (huis clos)

f) Décision dans le cadre d'une demande de départ à la retraite (huis clos)

16. Décision dans le cadre d'un droit de préemption. (huis clos)

EN

Meeting of the Municipal Council of March 2026

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the meetings of 11 December 2025, 18 December 2025 and 22 January 2026**
2. **Approval of several leases**
3. **Appointments and resignations in local committees**
4. **Confirmation of several temporary traffic regulations**
5. **Fee for the use of artificial football pitches**
6. **Approval of several notarised deeds**
7. **Approval of several agreements relating to the Maison des Jeunes (youth club)**
8. **Adoption of the estimate for solar panels at the Millewisen car park and Hueflach School**
9. **Approval of the cost apportionment for the Rue de Reckenthal redevelopment project led by Luxembourg City**
10. **Ad hoc amendment to the ordinary budget**
11. **Approval of burial concessions concluded in 2025**
12. **Amendment to the pricing regulation for all-night events**
13. **Urban planning:**
    a) Decision regarding the exercise of a right of pre-emption
    b) Partial amendment to the "Pescher VI" General Development Plan (MOPO PAG)
    c) Partial amendment to the "Bourmicht" General Development Plan (MOPO PAG) and Existing Neighbourhood (MOPO QE)
    d) Partial amendment to the General Development Plan (MOPO PAG) – Article 15.1
14. **Any other business**
15. **Staff matters**
    a) Decision regarding a request for a shortened induction period
    b) Creation of a fixed-term A1 grade position
    c) Creation of an A2 grade municipal employee position
    d) Appointment of an administrative officer at the Housing Department (closed session)
    e) Appointment of a municipal civil servant to the vacancy at the Population Office (closed session)
    f) Decision regarding a request for retirement (closed session)
16. **Decision regarding a right of pre-emption (closed session)**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED): N/A.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting by introducing the particularly busy agenda.

He then informed the participants that Councillor Daniel Thein (DP) would arrive slightly late.

1. Approval of the minutes of the meetings of 11 December 2025, 18 December 2025 and 22 January 2026.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the first item on the agenda, which concerned the approval of the minutes of the three previous Municipal Council meetings.

Councillor Paul Klensch (LSAP) took the floor to point out that he had already submitted his comments in advance. He proposed two clarifications. In the minutes of 18 December 2025, he suggested the opinion issued by the Youth Commission be explicitly described as such, particularly in relation to the request made to the municipal Brasserie to ensure the pathway was kept clean.

He also asked that some passages in the minutes of the meeting of 22 January 2026 be reworded to make it clear that the rules on fireworks were not limited to

the Brasserie and Fräiheetsbam Chalet but to municipal facilities in general.
No further comments were made. The minutes with the incorporated amendments were put to the vote and adopted unanimously.

2. Approval of several leases.

Mayor Nico Pundel (CSV) moved on to the item concerning the approval of several leases, stating at the outset that it formed part of a broader process to update and harmonise all municipal contracts. To simplify matters, a summary list was provided to the councillors rather than the full documents.

The contracts in question related to several properties, namely no. 110 Route d'Arlon; nos. 9, 10, 12, 14 and 25 Rue Lou Koster; and no. 120 Rue du Cimetière. The Mayor emphasised that the properties were subsidised by the State and were incorporated in the National Affordable Housing Register (RENLA), which explained the need to adapt the contracts to the new legal framework, including some changes to tenants' payments.

He also pointed out that in the case of two houses, utility bills were not mentioned in the contracts because the electricity, water, sewage and gas contracts were in the occupants' names and they paid their bills directly to the providers.

Finally, the Mayor informed the councillors that a new lease had been signed for the Medical Centre and that the premises were operated by Ms Tania Marinelli.

Without further discussion, the contracts were put to the vote and adopted unanimously.

3. Appointments and resignations in local committees.

Mayor Nico Pundel (CSV) listed the appointments and resignations in several local committees.

In the Planning and Buildings Committee, Mr Michel Pundel was stepping down from both his roles (as chair and member). It was proposed to appoint Ms Nicole Hentzen-Petin as the new chair, and Mr Michel Kohnen as a member. Ms Joana Domingues De Matos was proposed as a new member to fill the remaining vacancy.

In the Nature Pact team, the resignation of Alderwoman Betty Welter (LSAP) was recorded and Ms Xianqing Mao was proposed as a new member. Ms Xianqing Mao was resigning from the Climate Team and Ms Victoria El-Khoury was proposed to succeed her.

As to the Social and Equal Opportunities Committee, Mr Germain Weber was stepping down from his role as a member due to a change of residence. It was proposed that his expertise continue to serve the community by appointing him as an expert in the working group on disabilities. Ms Victoria El-Khoury was proposed to take over the vacant role.

Finally, for the Music School Supervisory Committee, Ms Myriam Wagner was proposed as a new member to represent the associations and replace Mr Olivier Beck. Councillor Nicolas Kandel (DP) took the floor to express his reservations regarding the proliferation of working groups. He feared that this could lead to a circumvention of the committees' traditional modii operandi and result in reduced accountability.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that it was a valid concern but explained that the creation of working groups remained exceptional and focused. In this instance, the working group on disabilities addressed a specific need which required the involvement of specialists and those directly affected.

Alderwoman Betty Welter (LSAP) added that this approach fell under the National Action Plan for the implementation of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities promoted by the Ministry of Family Affairs, Solidarity, Living Together and Reception of Refugees. The aim was to involve people with practical experience in the field to find appropriate and realistic solutions.

Councillor Paul Klensch (LSAP) was interested in how these working groups operated, particularly in terms of duration and purpose. He questioned their temporary nature and the procedures for their dissolution once the objectives had been achieved.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that they were designed to be flexible and temporary structures set up to tackle specific projects, such as drawing up an

inclusion plan or designing suitable infrastructures. They allowed external experts and concerned stakeholders to be brought together without causing an undue burden on the formal committees.

Following the discussion, Councillor Paul Klensch (LSAP) and Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) expressed their interest in joining the working group on disabilities.

The Mayor closed the debate by reminding those present that these groups should not become open-ended structures: they had to remain focused and functional.

All appointments and resignations were then put to a vote and adopted unanimously.

4. Confirmation of several temporary traffic regulations.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the item concerning the confirmation of several temporary traffic regulations, previously adopted by the College of the Mayor and Alderwomen, which he then submitted to the Municipal Council for its approval.

He noted that the relevant documents had been sent to the councillors and asked if anyone had any questions or comments.

There were none.

The regulations were put to the vote and adopted unanimously.

5. Fee for the use of synthetic football pitches.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced this item by referring to several recent incidents on the synthetic football pitches. On two occasions, large-scale events had been organised without prior authorisation, attracting a significant number of participants, to the extent that access to the facilities was completely blocked. At one of these events, participants had even been asked to pay a fee.

The Municipal Council reacted to this situation by identifying the organisers, contacting the police and charging for cleaning costs. The Mayor emphasised that despite the fact these events were unauthorised, one could not say they had been poorly organised. Consequently, the Municipal Council wished to regulate such usage as opposed to banning it.

The introduction of a fee to hire the grounds for organised events under specific conditions was proposed. The suggested rate was €500 per day, covering both changing room usage and cleaning. In addition, there would be a €1,500 deposit. The aim was not to promote such rentals, but to establish a clear framework for well organised initiatives on an ad hoc basis and to prevent unsupervised events.

Councillor Nicolas Kandel (DP) understood the approach and acknowledged the need for such a framework. However, he stressed the importance of robust internal regulations, particularly to prevent any form of unregulated use of the pitches for profit and to protect the Municipality from potential liability, especially in the event of informal earnings.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the use of the pitches would be strictly regulated and subject to the Municipality's prior approval. He added that the fee itself would act as a deterrent for misuse.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that comprehensive internal regulations were currently being drawn up for all municipal facilities, including the football grounds.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) expressed her reservations. She underscored the importance of free access to the grounds for young people in the Municipality, who used them spontaneously. She feared that a rental system may limit such informal uses and cause exclusion.

Mayor Nico Pundel (CSV) reassured her by stating that free access would be the norm. The introduction of the fee was intended solely to regulate exceptional organised events. Residents could continue to use the grounds daily.

Councillor Tun Gierenz (CSV) supported this approach, believing it would help prevent the uncontrolled

proliferation of similar events, while maintaining a degree of flexibility.

Councillor Marc Fischer (DP) questioned the scope of the measure and means of enforcement. The Mayor clarified that this fee specifically applied to the synthetic pitches in response to the recent occurrences described. In the event of misuse, the Municipality could resort to measures such as requesting police intervention or the temporary closure of the facilities.

Councillor Lise Jørgensen (DP) raised the issue of liability in the case of an accident. The Mayor responded that in the context of an authorised hire, the organisers would be liable.

Alderwoman Anne Arend (CSV) said that this measure would also serve as a deterrent and it aimed to prevent recurring unregulated events. Moreover, she clarified that the fee applied to both synthetic pitches and to some independently organised activities such as training camps

Finally, the Mayor pointed out that local associations would be exempt from this fee

The item was then put to the vote and adopted unanimously.

6. Approval of several notarised deeds.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a first notarial deed relating to a property development in Suebelfeld. Under an agreement that had already been approved by the Municipal Council, the Municipality had committed to acquiring some properties for affordable housing.

Following a delay, the contracts were ready to be signed. They concerned a development of 15 flats, the details of which had been provided to the councillors. This stage of the process concerned the signature of the deeds and approval of the first financial commitment (approx. €2.1 million). The Mayor pointed out that the Municipality would receive co-funding from the State to cover part of the cost of the land and fees.

As to the future use of these homes, no final decision had yet been taken. The Mayor mentioned several options, such as selling part of the block and keeping the other units for rental. These choices would be the object of a subsequent Municipal Council decision.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) raised the question of whether the strategy could be adapted during the course of the project, particularly in light of the support available for letting the properties. The Mayor confirmed that these options remained open at this stage.

He also pointed out that potential sales would only take place at a later stage of the project, in order to ensure greater clarity regarding costs for buyers.

The 15 contracts were then put to the vote and adopted unanimously.

Mayor Nico Pundel (CSV) then presented another notarised deed. This one concerned the free transfer of a 42-are plot located near Rue Federspiel. He explained that it was a road that had never been formally transferred to the Municipality.

There were no questions and the deed was adopted unanimously.

7. Approval of several agreements relating to the Maison des Jeunes (youth club).

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the Municipality would entrust the Luxembourgish Red Cross with the full management of the facility, including the educational, administrative and financial aspects, in accordance with the legal framework for non-formal education. The Red Cross had organisational autonomy while remaining bound by the principles set out in the agreement and its terms of reference.

The agreement was concluded for an initial three-year term beginning on 1 January 2026 and it would renew tacitly. Funding would be shared between the State and the Municipality, as per the traditional model, with each covering 50% of the costs. In addition, the Municipality would bear the cost of any deficit that was not otherwise covered.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) went on to describe how the club would operate and its planned

activities. The Maison des Jeunes would offer a wide range of activities, including sports, educational projects and social support. She highlighted the Outreach Officer's work, which involved going out to meet young people outside the facilities, namely in public spaces or at the skatepark, with the aim of building a rapport with those who didn't usually go to the Maison des Jeunes. Trips, workshops, group projects and events would also be organised, aiming to strengthen the cohesion and engagement of young people.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was interested in the impact of this outreach work and asked how many young people were involved. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that it was usually small groups, the size of which varied depending on the time of year. The outreach work helped establish lasting connections and reduce youth loitering in public spaces.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also raised the issue of mobile phone use. Elsewhere, usage was being increasingly regulated, particularly in schools. She wanted to know what the Maison des Jeunes' stance was.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) said that this matter was currently being discussed, particularly with a view to future adjustments. She underscored the importance of a balanced approach.

Councillor Nicolas Kandel (DP) warned against an overly strict ban, which could discourage young people from going to the youth club. Alderwoman Anne Arend (CSV) agreed and stressed the need for a balance between supervision and appeal.
Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) added that engaging activities naturally reduced phone use because when occupied, young people focused on the interactions at play and projects on offer.

Alderwoman Maryse Bestgen (déi gréng) illustrated this dynamic by referring to an initiative launched by young residents themselves, who had proposed removing the depiction of a mobile phone from a graffiti project, thus reflecting growing awareness.

Councillor Paul Klensch (LSAP) proposed an alternative approach by suggesting the installation of secure lockers where young people could voluntarily leave their phones and personal belongings, thereby encouraging more considered phone usage without resorting to a ban.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that this was under consideration, both for the Maison des Jeunes and other facilities.

Mayor Nico Pundel (CSV) concluded by expressing his confidence in the facility's management to strike an appropriate balance between supervision and freedom.

The agreement was put to a vote and adopted unanimously.

8. Adoption of the estimate for solar panels at the Millewisen car park and Hueflach School.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a large-scale project for the installation of solar panels on several municipal buildings, including the roof of the car park near the football pitch, the changing rooms, the grandstand and Hueflach School.

The planned capacities were approximately 39.5 kWp for the stands, 263 kWp for the car park and 31 kWp for the school. The electricity generated would exclusively be destined for municipal consumption. The total cost of the project amounted to nearly €2 million.

Councillor Daniel Thein (DP) asked about the technical and financial aspects of the project, particularly regarding the use of the energy generated, potential contracts, and state subsidies.

Mayor Nico Pundel (CSV) answered that the Municipality required a significant amount of energy, so the generated power would definitely be consumed. He also explained that although some funding mechanisms existed, this project would be implemented without specific subsidies. The Municipality had chosen to act independently.

Councillor Daniel Thein (DP) then raised the issue of the project's profitability. The Mayor acknowledged that return on investment would not be immediate. However, he said the project formed part of a medium-

and long-term strategy to produce energy locally for greater self-sufficiency.

Councillor Laurent Braun (CSV) supported this approach and highlighted the growing importance of energy independence, particularly in an uncertain international context. In his opinion, such investments were fully justified, both in economic and environmental terms.

Mayor Nico Pundel (CSV) concluded by emphasising that this project was a first step. He added that some installations (e.g. car parks) involved significant additional costs and that continuous evaluations would be necessary to guide future investments.

The estimated budget of €1,992,233 was then put to the vote and adopted unanimously

9. Approval of the cost apportionment for the Rue de Reckenthal redevelopment project led by Luxembourg City.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the progress report on the Rue de Reckenthal redevelopment project, focusing on the second phase of the works, carried out under the direction of Luxembourg City.

He pointed out that the financial contribution made by the Municipality of Strassen was greater than Luxembourg City's. This was due namely to more extensive infrastructure works, particularly regarding the sewerage network, including high-capacity pipes.

At the start of the project, an overall estimate put the Municipality's contribution at approximately €8 million, an amount that had been included in the budget. However, the initial accounts revealed a significantly lower figure. At this stage, the costs totalled around €4.41 million, with an estimate rounded up to €4.5 million to allow for future adjustments, particularly for associated works (e.g. signage).

The Mayor said that most invoices had already been received, meaning the estimate could be considered very reliable.

There were no questions.
The estimate was put to the vote and adopted unanimously.

10. Ad hoc amendment to the ordinary budget.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented a one-off amendment to the budget, beginning with what she described as good news. She said €8 million had initially been earmarked for the Rue de Reckenthal project, of which only around €4.5 million would ultimately be spent. This difference resulted in savings totalling €3.5 million.

Part of this sum (€2,250,000) was allocated to the reserve fund, bringing the total to practically €20.18 million. With the Housing Pact fund, the municipal reserves now stood at nearly €28.7 million.

Alderwoman Anne Arend (CSV) proposed several adjustments as a result of this outcome. She began by mentioning the adjustment of the cost-of-living allowance, which was now automated thanks to data provided by the State. This system meant beneficiaries no longer had to submit an application and ensured that the allowance went directly to them. As the exact amount for 2026 was now known, an increase of around €45,000 was required for the originally planned budget, bringing the total to practically €193,000.

She then mentioned an increase in funding for consultancy firms due to the growing number of ongoing projects, as well as a new budget item linked to the resumption of the collection of donated clothing by Co-labor following the cessation of Kolping's activities. A budget of €10,000 was earmarked for this purpose.

All these adjustments made it possible to maintain a budget surplus of around €1.95 million, providing a safety margin for the current year.

Mayor Nico Pundel (CSV) provided further details on the transition from Kolping to Co-labor, highlighting the difficulties encountered in this sector, which were mainly linked to changes in the second-hand textile market and ageing volunteer structures. He highlighted the role of local authorities in maintaining this service and put the financial impact on the Municipality into perspective.

He also returned to the importance of automating social assistance, saying that many at-risk people did

not apply for benefits, thus limiting the effectiveness of existing schemes. Thanks to this new system, assistance reached the 249 beneficiaries in the Municipality directly.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) briefly enquired whether the existing clothes collection bins would be kept, which the Mayor confirmed.

There were no other questions and the budget amendment was adopted unanimously

11. Approval of a series of burial concessions concluded in 2025.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a recurring item on the agenda each year, i.e. the approval of burial concessions granted in the previous year. He briefly mentioned the formal nature of this procedure, required by law, although it related to decisions that had already been dealt with from an administrative viewpoint.

The list of the concessions concerned had been sent to the councillors. It was put to the vote and adopted unanimously.

12. Amendment to the pricing regulation for all-night events.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the municipal fee for all-night events had hitherto been €35. He proposed increasing it to the maximum amount permitted by law, namely €60. He said this adjustment primarily intended to make the fee more consistent with other charges without any significant financial impact on the Municipality.

Alderwoman Anne Arend (CSV) added that the comprehensive catalogue of municipal fees was being finalised and would be presented shortly.

Councillor Nicolas Kandel (DP) raised a broader point regarding the regulation of such permits. He gave the example of Luxembourg City, where the number of all-night events was limited. He suggested establishing guidelines to prevent disturbances, particularly near residential areas.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that there was already such a regulation but that it was informal. In practice, venues were aware that one permit per month was reasonable. He emphasised the need to maintain a balance between social life and the peace and quiet of residents, pointing out that permits granted too frequently would inevitably lead to complaints.

He added that certain municipal facilities (e.g. the Maison des Jeunes (youth club) or some halls) would not host such events, and if so, only to a very limited extent. The aim was to prevent an excessive and noisy use of the venues.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) and Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) supported this cautious approach, particularly in relation to safety concerns and night-time disturbances.

The Mayor concluded by reiterating that each application would be subject to an assessment by the College of the Mayor and Alderwomen, which would retain the discretion to decide on a case-by-case basis.

The fee increase to €60 euros was put to the vote and adopted unanimously.

13. Urban planning:

a) Decision regarding the exercise of a right of pre-emption

Mayor Nico Pundel (CSV) presented an opportunity to exercise a right of pre-emption on a 3.79-are building plot for a sum of €758,000. That said, he underscored the fact that prices on the local property market remained high and that the Municipality had no immediate need for this specific plot.

He therefore proposed not to exercise this right of pre-emption.

There were no comments. The proposal was put to the vote and adopted unanimously.

b) Partial amendment to the "Pescher VI" General Development Plan (MOPO PAG

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced this item, emphasising its complexity. It concerned a one-off amendment to the General Development Plan (PAG) for the "Pescher VI" project, i.e., for the extension of a neighbourhood that had already been partially built.

He explained that some sections had been built under a previous Special Development Plan (PAP). In reality, however, they formed part of another phase of the project. That was why it was necessary to recalculate and correctly reintegrate these areas into the new plan to avoid overspending.

The objective was clear: to ensure that the areas that had already been built were correctly accounted for and avoid any implicit increase in building rights. The project concerned a total of 218 homes, with no overall increase.

Councillor Nicolas Kandel (DP) pointed out that this situation highlighted past errors and stressed the importance of better future management. Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged the historical complexity of the case and reiterated the need for rigour to avoid any undue advantage.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) said it was crucial to trust the experts, and she commended the municipal architect's good work.

Following these discussions, the project was adopted unanimously.

c) Partial amendment to the "Bourmicht" General Development Plan (MOPO PAG) and Existing Neighbourhood (MOPO QE)

Mayor Nico Pundel (CSV) proposed an amendment to adapt part of the "Bourmicht" neighbourhood. He suggested replacing the current classification by "Existing Neighbourhood", accompanied by new regulations better suited to the real conditions of the site. This amendment included the incorporation of a footpath (and potentially a cycle path), and the redevelopment of a municipal car park, which could eventually be converted into a multi-storey car park or a mixed-use development.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about the continuity of the cycle path and underscored the importance of ensuring proper connections for cyclists. Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed that this was under consideration but noted that there were technical constraints.

The amendment was adopted unanimously.

d) Partial amendment to the General Development Plan (MOPO PAG) – Article 15.1

Mayor Nico Pundel (CSV) addressed a more sensitive issue: the adaptation of the General Development Plan (PAG) to allow for the establishment of refugee reception facilities, taking the needs of the National Reception Office (ONA) into account.

He explained that the current rules made it practically impossible to carry out such projects on municipal territory. The amendment therefore introduced some regulatory flexibility, while at the same time setting forth strict criteria, such as integration into the existing environment, respect for the characteristics of the neighbourhood, and limited impact on adjacent land and the environment. He emphasised that the Municipality retained decision-making powers over the location and size of the facilities.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) pointed to the need for solidarity between municipalities when it came to receiving refugees. Councillor Paul Klensch (LSAP) proposed organising visits to existing facilities in other municipalities to gain a better practical understanding of these projects.

Mayor Nico Pundel (CSV) welcomed this idea and suggested waiting for a concrete project before organising such visits.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) highlighted the importance of facilities that were not excessively big to promote integration and better living conditions.

The amendment was adopted unanimously.

14. Any other business.

Councillor Nicolas Kandel (DP) raised the issue of the digitalisation of administrative procedures. Some of

the forms used (particularly PDF documents) were no longer suitable. He suggested a gradual modernisation. He also enquired about the progress of the project to broadcast the Municipal Council meetings.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that more comprehensive digitalisation was a must – not only for forms but for all municipal services. Discussions were underway, particularly with SIGI (Intermunicipal IT Management Association), but there was also the possibility of using private service providers. Regarding the broadcasting of meetings, the project was in the making but had not yet been finalised.

Councillor Marc Fischer (DP) pointed out that the technical equipment seemed to be in place and he hoped that there would be no delays. He also drew attention to infrastructure issues in the "Pescher IV" neighbourhood, namely damaged paving slabs and dilapidated features around the trees.

In the same vein, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) spoke of road safety issues in that neighbourhood: speed limits were not respected and visibility was reduced because of illegally parked vehicles. She also mentioned a hazard on Route d'Arlon, where the lack of a safe pedestrian crossing was posing a problem, particularly for families and bus users. Finally, she asked the Municipal Council about how furnished rooms for rent were checked and about the applicable rules.

Mayor Nico Pundel (CSV) stated that a survey was underway regarding potentially overcrowded accommodation. Letters had been sent to landlords to obtain precise data and an analysis was underway.
Councillor Dan Thein (DP) said residents had reported seeing rats. The Mayor explained that an action plan was already in place and targeted measures were taken whenever necessary.

Councillor Tun Gierenz (CSV) mentioned the fact birds were soiling some terraces badly. The Mayor responded that this was a natural phenomenon and it was difficult to regulate. He said a balance between nature and the constraints of daily life had to be struck.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) asked about the financial contribution required from parents for school camps and the solutions provided for families in difficulty. The Mayor assured her that no child was excluded from school camps for financial reasons and that discreet solutions were systematically found in collaboration with teachers.

Councillor Paul Klensch (LSAP) mentioned two points regarding internal operations: firstly, the possible provision of standardised digital equipment for councillors, particularly for data security reasons, and secondly, the use of access badges to the Town Hall to make their entrances and exits from the building easier. The Mayor replied that tablet computers were available but were rarely used. He added that the matter pertaining to access badges could be looked into.

Finally, Councillor Lise Jørgensen (DP) asked several questions regarding ongoing projects, namely the installation of cameras and the provision of toilets at playgrounds. The Mayor clarified that a meeting with the Ministry was required regarding the cameras and that there were already some toilets in certain locations.

15. Staff matters:

Several decisions relating to municipal staff were presented by Mayor Nico Pundel (CSV).

a) Decision regarding a request for a shortened induction period

First, he submitted a request made to the Municipal Council to reduce the induction period for a municipal employee, Ms Nadia Staudt. He explained that she was doing excellent work and that as a result, she was eligible for a shortened probationary period. This would mean she could become permanent staff from 1 June 2026 without having to complete the full probation as originally planned.

There were no questions.

The decision was adopted unanimously.

b) Creation of a fixed-term A1 grade position

Mayor Nico Pundel (CSV) then presented the creation of a fixed-term A1 grade position to extend Mr Mathieu

Schroeder's contract by one year. He was currently in charge of the municipal archives, was a history graduate, had worked for the Municipality for one year and had been particularly involved in projects related to the 175th anniversary. The Mayor highlighted the quality of his work and explained that this extension would allow the archiving work to continue while a more comprehensive review of the department's future organisation was carried out. He also noted that Mr Schroeder was preparing to take his teaching degree examinations, which could eventually lead to his departure.

The creation of the position was approved unanimously.

c) Creation of an A2 grade municipal employee position

Mayor Nico Pundel (CSV) proposed the creation of a an A2 grade municipal employee position for Ms Luiza Noculak, who has been employed by the Municipality for 17 years. He explained that she had a master's degree but had always held a B1 post. He highlighted her commitment, availability and the quality of her work, particularly in the area of community life. He pointed out that the Ministry supported this type of role at A2 level and that the Municipality wanted to align its organisational structure with that approach. The change was presented as a measure of recognition and organisational consistency.

No objections were raised.

The decision was adopted unanimously.

d) Appointment of an administrative officer at the Housing Department (closed session)

e) Appointment of a municipal civil servant to the vacancy at the Population Office (closed session)

f) Decision regarding a request for retirement (closed session)

16. Decision regarding a right of pre-emption (closed session)

COMMUNE DE
Strassen